

Standpunkt: Axel Börsch-Supan

Wider die unseriöse Rentengarantie



Axel Börsch-Supan leitet das Mannheimer Institut Ökonomie und demographischer Wandel.

Die "ewige Rentengarantie" ist wieder in die Diskussion gekommen. Man erinnere sich: Kurz vor der Bundestagswahl wurde beschlossen, dass Renten nur noch steigen können, unabhängig davon, wie sich die Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln, und unabhängig davon, welche Lasten die Demographie der jüngeren Generation aufbürdet.

Wie schön war das damals gedacht, auf die Stunde genau 100 Tage vor der Bundestagswahl. Die Renten werden endlich wirklich sicher. Noch schöner wäre es natürlich gewesen, man hätte auch gleich verboten, dass die Löhne sinken dürfen. Dann wären auch die Arbeitseinkommen endlich wirklich sicher geworden.

Leider funktioniert so weder eine Volkswirtschaft noch ein soziales Sicherungssystem. Rentenempfänger und Beitragszahler sitzen in einem Boot. Alles, was an sozialen Leistungen ausbezahlt werden soll, muss von den Beitrags- und Steuerzahlern erwirtschaftet werden. Sinkt die Wirtschaftsleistung, müssen entweder die Renten sinken, die Beiträge ansteigen oder ein wenig von beidem passieren. (...)

Die Kernidee der 1957 eingeführten dynamischen Renten war, dass die Rentner am Lohnwachstum der Arbeitnehmer beteiligt werden. Das wurde als ein Gebot der Solidarität verstanden. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Der Grundsatz der dynamischen Rente bedeutete daher immer auch, dass die Renten in dem Ausmaß sinken müssen, in dem die Arbeitnehmerlöhne zurückgehen. Dank des aus historischer Perspektive spektakulären Lohnwachstums der vergangenen 50 Jahre ist dieser Fall jedoch noch nie eingetreten.

Dies hat sich aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise geändert. Zum ersten Mal ging 2009 die der Rentenanpassung zugrunde liegende Lohngröße in Westdeutschland um etwa 1 Prozent zurück. Das ist noch mäßig in Anbetracht eines Einbruchs der gesamten Wirtschaftsleistung um 5 Prozent, denn einen großen Anteil

am Rückgang des Bruttoinlandsprodukts tragen diejenigen, die Kurzarbeit leisten oder gar arbeitslos geworden sind.

Es war also einigermaßen zynisch, von Solidarität zwischen den Generationen zu sprechen, als der Arbeitsminister entschied, dass die Arbeitnehmergeneration per Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen die gesamte Last der Wirtschaftskrise tragen soll, während eine Rentengarantie die Rentnergeneration verschonen möge.

Die Kosten einer Rentengarantie für die Beitragszahler sind keineswegs gering. Nach unseren Berechnungen kostet die Rentengarantie die Beitragszahler bis 2016 rund 10 Milliarden Euro. (...) Dies entspricht mehr als 60 Euro im Jahr für den Durchschnittsverdiener.

Erstaunlicherweise unterstützen die Gewerkschaften eine Rentengarantie. Ihr Argument ist, dass die Kaufkraft der Rentner und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt werden. Aber dies ist schon aus rein buchhalterischen Gründen falsch. Denn was den Rentnern mehr gegeben wird, muss man den Arbeitnehmern per Beitragssatzerhöhung oder unterlassener Beitragssatzsenkung wieder wegnehmen. Deren Kaufkraft sinkt dementsprechend. Im Ergebnis ist die Politik die Gewerkschaften also zutiefst arbeiternehmerfeindlich.

Manche argumentieren, dass man eine Beitragssatzerhöhung vermeiden könnte, wenn man anstatt der Beiträge den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung erhöhen würde. Aber der Bundeszuschuss fällt nicht vom Himmel, sondern muss aus Steuern finanziert werden. (...)

Völlig bauernfängerisch ist das Argument, dass man das geplante und heute zur Abstimmung stehende Rentenkürzungsverbot mit dem "Nachholfaktor" wieder ausgleichen wird. Der Nachholfaktor bewirkt, dass in Zukunft die Renten entsprechend weniger steigen. Wie alle guten Vorsätze sind solche Versprechen nur deswegen attraktiv, weil man sie heute noch nicht einlösen muss. Die Einführung eines zusätzlichen Nachholtatbestandes ist zwar im Prinzip richtig, aber unglaublich, da es bereits deren viele gibt. Selbst Fachleute wissen kaum noch, welche aus kurzfristigem Populismus aufgehobene Regel wann wieder ausgeglichen

werden soll. Derzeit würde die konsequente Abarbeitung aller Nachholtatbestände bis etwa 2016 dauern, aber nur dann, wenn die optimistischen Prognosen der Bundesregierung hinsichtlich der Lohnentwicklung in den nächsten Jahren eintreten. Bis dahin wird es sehr niedrige Rentenanpassungsraten und zahlreiche Wahlen geben mit der Versuchung, das Aufarbeiten wieder etwas weiter nach hinten zu verschieben.

Die Rentengarantie ist also ein weiterer ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Sie bewirkt eine milliardenschwere Umverteilung von Jung nach Alt und vergrößert die Nachhaltigkeitslücke, die man seit 2001 mit Mühe versucht hat zu verringern. Zudem schürt dieses Vorhaben unhaltbare Illusionen und ist deswegen unseriös. Ewigkeitsgarantien, die von anderen finanziert werden sollen, sind langfristig nicht einhaltbar. Nicht einhaltbare Versprechungen unterminieren aber das ohnehin bröckelnde Vertrauen in diese wichtige Institution Rentenversicherung. Der Bundeswirtschaftsminister hat recht: Der Bundestag sollte den Mut haben, sich auf den Grundgedanken der dynamischen Rente zu besinnen, gegenseitige Solidarität ernst zu nehmen und das unseriöse Versprechen einer ewigen Rentengarantie wiederaufzuheben.

Der vollständige Artikel erschien in der FAZ am 30. Juli 2010.